



KURDEN FORDERN GERECHTIGKEIT PKK VON DER "TERRORLISTE" STREICHEN!

Obwohl sie über eine tausendjährige Geschichte verfügen und zu den ältesten Völkern Mesopotamiens, der Wiege der Menschheit, zählen, sind die Kurden von den herrschenden Kräften der Region kontinuierlich mit Verleugnung und Vernichtung konfrontiert gewesen. Dass sie es trotzdem geschafft haben, ihre Existenz als ein Volk bis heute fortzusetzen, liegt an ihrer Verbundenheit zu ihrem Land und ihrer Widerständigkeit. Das nach dem ersten Weltkrieg 1923 von der Türkei und führenden europäischen Staaten unterzeichnete Abkommen von Lausanne bedeutete Verrat an den Kurden, die gemeinsam mit den Türken im Befreiungskrieg für die Gründung der Republik Türkei gekämpft hatten. Mit Lausanne wurden die Kurden innerhalb der Grenzen der vier Staaten, in die Kurdistan aufgeteilt wurde, einem physischen und kulturellen Völkermord ausgesetzt und dadurch zur Flucht ins In- und Ausland, insbesondere nach Europa, gezwungen.

Die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) entstand als Aufstandsbewegung gegen die Vernichtungs- und Verleugnungspolitik. Innerhalb eines 24 Jahre andauernden Kampfes rief sie 1993, 1995 und 1998 einen einseitigen Waffenstillstand aus und entwickelte schließlich eine Strategie des Friedens und der Demokratie. Vom kurdischen Volk wurde sie als eine Partei angesehen, die seine Interessen vertrat. Weil sie ihre Aufgabe als vollendet ansah, löste sie sich im April 2002 auf. Das Erbe der kurdischen Bewegung übernahm der Kurdische Kongress für Frieden und Demokratie (KADEK), der sich über die Grenzen Kurdistans hinaus für eine Demokratisierung des Mittleren Ostens einsetzt. Die Republik Türkei reagierte jedoch nicht auf die kurdischen Bemühungen für Frieden und setzte die Menschenrechtsverletzungen gegen das kurdische Volk in Form von Dorfzerstörungen, Vertreibungen, Folter, extralegalen Hinrichtungen u.a. fort. Aus diesen Gründen wurde sie etliche Male vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof verurteilt.

Mit der Aufnahme der PKK auf die EU-Liste terroristischer Organisationen, die am 3. Mai veröffentlicht wurde, wurde die Verletzung grundlegender Rechte und Freiheiten, der die Kurden bisher in Kurdistan ausgesetzt waren, diesmal in dem als demokratischer Hochburg bekannten Europa ausgeführt. Damit wurde ihnen jegliche Grundlage entzogen, im Rahmen friedlicher und demokratischer Prinzipien für ihre nationalen, politischen und kulturellen Rechte zu kämpfen.

Während die Kurden gezeigt haben, dass sie eine Partei unterstützen, die aufrichtig für Frieden und Demokratie kämpft, verletzt die Europäische Union mit der Aufnahme der PKK auf die Liste terroristischer Organisationen das in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgehaltene Recht der Kurden auf Respektierung des Privatlebens von Individuen (Artikel 8), auf Ausdrucksfreiheit (Artikel 10), auf Versammlungs- und Organisierungsfreiheit (Artikel 11) und auf den Schutz vor politischer, nationaler und sprachlicher Diskriminierung (Artikel 14).

Die EU ist bekannt für die Anerkennung kultureller, religiöser und sprachlicher Vielfalt, aber sie deklariert die Kurden aufgrund ihres Kampfes für die Erlangung dieser Rechte und aufgrund ihrer Unterstützung der inzwischen aufgelösten PKK, die ein unverzichtbares Erbe der kurdischen Bewegung darstellt, als terroristisch.

Wir, die Unterzeichnenden, fordern:

- Annullierung der von der EU begangenen Ungerechtigkeit und Streichung der PKK und aller politischen Institutionen, die den Frieden unterstützen, von der Liste terroristischer Organisationen;
- Offizielle Anerkennung der nationalen, politischen, sprachlichen und kulturellen Rechte des kurdischen Volkes;
- Aufhebung aller Behinderungen einer nationalen Organisierung des kurdischen Volkes;
- Unterstützung der kurdischen Bemühungen für eine Lösung der kurdischen Frage auf demokratischer und politischer Ebene;
- Aufhebung der Todesstrafe als einer unmenschlichen Handlung und Bemühungen für die Freilassung des kurdischen Führers Abdullah Öcalan;

Nr.	Name	Adresse	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			